

Sitzungsbericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 30. März 2010

TAGESORDNUNG

1. Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

- 2. Änderung und Erweiterung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Logistik“ Baidt – Schwarzes Loch**
- a) Vorstellung der Entwurfsplanung**
 - b) Erörterung und Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden**
 - c) Billigung des Bebauungsplanentwurfs**
 - d) Beschluss der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)**

Bauamtsleiter Elbs teilt mit:

Am 14.11.2008 hat der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung die Änderung und Erweiterung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sondergebiet Logistik“ Baidt – Schwarzes Loch beschlossen.

Die Behörden der Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 03.11.2008 zum Besprechungstermin (Scoping) am 20.11.2008 eingeladen.

Die Öffentlichkeit wurde durch das Amtsblatt der Gemeinde Baidt am 05.12.2008 über die Auslegung in der Zeit vom 08.12.2008 bis 09.01.2009 informiert. Innerhalb der Auslegungsfrist sind von der Öffentlichkeit keine Anregungen und Bedenken zum Planverfahren eingegangen.

Die Behörden der Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden schriftlich am 20.11.2008 von der Auslegung informiert.

Die Planunterlagen für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sondergebiet Logistik“ Baidt – Schwarzes Loch sind nun soweit gediehen, dass der Gemeinderat in die Lage versetzt wird, über den Bebauungsplan-Entwurf zu befinden. Der Bebauungsplanentwurf beinhaltet die Vorgaben der am Verfahren beteiligten Träger öffentlicher Belange.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich die Inhalte der Abwägungsvorlage der Verwaltung vom 19.03.2010 zu Eigen.

2. Der Gemeinderat billigt den Entwurf der Satzung zur Änderung und Erweiterung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Logistik“, Baintdt – Schwarzes Loch mit örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 24.02.2010.
 3. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.
-
3. **Rekultivierung der B 30 alt**
 - a) **Beschluss über die Entwurfsplanung zum Rückbau der Straßentrasse**
 - b) **Planungsauftrag zur Fertigstellung der Zeppelinstraße**
 - c) **Entscheidung zum Rückbau des Lärmschutzwalles im Bereich der Rosenstraße**

Bauamtsleiter Elbs trägt folgenden Sachverhalt vor:

In der Gemeinderatsitzung vom 09.02.2010 hat Herr Architekt Gross und Herr Klingenstein die mit dem Straßenbauamt vorbesprochene Abbauplanung zur Rekultivierung der B 30 alt vorgestellt. Diese Planung wurde am 25. Februar 2010 im Rahmen einer Bürgerversammlung auch der Interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Ingenieurbüro Klingenstein hat nun aufbauend auf die Planung von Herrn Gross die Querprofile zum gesteuerten Abbau und die Massenbilanz erstellt.

Damit nach der Rekultivierung durch die Straßenbauverwaltung im Bereich der Zeppelinstraße keine provisorischen Anschlüsse der bestehenden Fußwegeverbindung hergestellt werden müssen muss die Gemeinde die Planung der Zeppelinstraße in Auftrag geben. Hierzu ist das Ingenieurbüro Klingenstein zu beauftragen. Grundlage der Straßenplanung ist der Entwurf vom Büro Gross.

Im Rahmen der Bürgerversammlung und der Trassenbegehung am 22.03.2010 haben Anlieger der Rosenstraße für einen Abbau der Lärmschutzwand plädiert. Da die Mauer samt Wall durchgehend auf gemeindeeigenem Grundstück liegt, liegt die Entscheidung eines Abbaus bei der Gemeinde.

Die nun vorliegende Planung von Herrn Gross und Herrn Klingenstein sind mit der Straßenbauverwaltung abgestimmt und die Massenbilanz ist weitgehend ausgeglichen sodass keine Kosten auf die Gemeinde zukommen für die Herstellung der Rohplanie durch die Straßenbauverwaltung.

Wie bereits in der letzten Sitzung besprochen, hat die Verwaltung für den Ausbau der Zeppelinstraße einen Antrag auf Gewährung von Mitteln aus dem Ausgleichsstock gestellt. Die Chancen für diese Straßenbaumaßnahme im Jahr 2010 einen Zuschuss zu erhalten sind gut. Um Zeitnah den Ausbau der Zeppelinstraße fertig zustellen muss die Planung und Ausschreibung vergeben werden.

Für den Abbruch der Stützmauer und des Lärmschutzwalles sprechen zwei Punkte: zum einen entfällt zukünftig die Unterhaltung der Mauer und die Pflege der Böschung, zum anderen ist der Abbau im Rahmen der Rekultivierung wirtschaftlich und Zeitnah möglich.

Beschluss:

- 1) Die vom Architekturbüro Gross und Ingenieurbüro Klingenstein erarbeitete Planung wird als Entwurfsplanung beschlossen,
- 2) Das Ingenieurbüro Marschall und Klingenstein erhält den Auftrag zur Planung und Ausschreibung der Zeppelinstraße und der damit zusammenhängenden Versorgungsleitungen.
- 3) Die Firma Kirchhoff erhält den Auftrag, die Stützmauer und den Lärmschutzwall entlang der Rosenstraße abzubauen.

Bei den im oberen Bereich der Rosenstraße liegenden privaten Stellplätzen ist ein Rückbau des Lärmschutzwalls nur gegen Kostenbeteiligung möglich.

4. Bebauungsplan Gewerbegebiet Baidt Schachen Einleitungsbeschluss zur 5. Änderung gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Bauamtsleiter Elbs teilt mit:

Der Gemeinderat der Gemeinde Baidt beschließt aufgrund von § 2 Abs. 1 BauGB die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Baidt Schachen" aufzustellen. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Baidt Schachen" wird gemäß § 13a BauGB im sog. beschleunigten Verfahren aufgestellt. Folgende Grundstücke befinden sich innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches: Flst.-Nr. 493 (Teilfläche), 493/1 (Teilfläche), 556, 557, 563/3, 563/4, 563/5, 577, 605, 605/2, 606/1, 606/2, 606/3, 606/4, 606/5, 606/6, 606/7 und 607.

Erfordernis der Planung:

- mögliche Nachverdichtung durch geringfügige Erhöhung der Zulässigkeit des Maßes der baulichen Nutzung (Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl, Anzahl der Vollgeschosse, maximale Traufhöhe)
- Reduzierung des Flächenverbrauches durch Vergrößerung der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche (Baugrenze)
- bessere Nutzbarmachung der bestehenden Gewerbeflächen durch zusätzliche Erschließungsmöglichkeiten von der Kreisstraße aus

Ziele der Planung:

- Berücksichtigung der bestehenden Gebäude- und Erschließungsstrukturen
- bedarfsgerechte Anbindung der Grundstücke
- Digitalisierung und einheitliche zeichnerische und schriftliche Darstellung aller vergangenen Änderungen für den Bereich des "Gewerbegebietes Baidt Schachen"

Im beschleunigten Verfahren gelten gemäß §13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des §1 ab Abs. 3 Satz 5 vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.

Im beschleunigten Verfahren wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, vom Umweltbericht nach §2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Eine Umweltverträglichkeits-Prüfung im Sinne des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist nicht erforderlich.

Vorbemerkungen zum AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Im Rahmen der 5. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Baidt Schachen" soll zum einen der gesamte Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes und seiner bisherigen Änderungen digitalisiert werden und zum anderen Anregungen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zu Änderung von Festsetzungen mit aufgenommen werden.

Die Digitalisierung umfasst den gesamten Bereich des ursprünglichen Bebauungsplanes "Baidt Schachen" (vom 10.04.1969), mit 1. Änderung (vom 26.05.1970), 2. Änderung, 3. Änderung (vom 13.03.1995) und der 4. Änderung (vom 13.01.1998). Es erfolgt sowohl eine zeichnerische als auch eine textliche Digitalisierung.

Die geplanten Änderungen umfassen derzeit folgende Punkte:

- Erweiterung der Baugrenzen in Richtung der "Wickenhauser Straße" (K 7946): aufgrund der Herabstufung der Landesstraße zur Kreisstraße ist der Mindestabstand von 20m nicht mehr notwendig, geplant ist ein Abstand von 10m.
- Einheitliche Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ) im zentralen Bereich (Grundstücke Flst.-Nr. 556, 563/3 bis 563/5): d.h. GRZ mit 0,3 und GFZ mit 0,6
- Einheitliche GRZ, GFZ, zulässige Anzahl der Vollgeschosse und maximale Traufhöhe im nördlichen Bereich (Flst.-Nr. 608/3, 608/5 und 608/8): d.h. GRZ mit 0,4, GFZ mit 0,7, zulässige Vollgeschosse III und maximale Traufhöhe 11,50 m
- teilweise Aufhebung des Zufahrtsverbotes: aufgrund der o.g. Herabstufung sind Zufahrten von der K 7946 aus möglich (im Bereich der Grundstücke Flst.-Nr. 563/4 und 563/5)

Unabhängig davon können im Verfahren noch weitere Anregungen von der Öffentlichkeit, den Behörden sowie von der Verwaltung eingebracht werden, die dann im Rahmen der Änderungsverfahrens abgewogen werden.

Beschluss:

1. Für den im Plankonzept dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Baidt Schachen" aufgestellt.
2. Zur Darlegung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung wird aufgrund des § 3 Abs. 1 BauGB eine frühzeitige Bürgerbeteiligung in Form einer Informationsveranstaltung durchgeführt.

5. Schulangelegenheiten, insbesondere Kernzeitbetreuung und Raumplanung

Die Rektorin Frau Teumer-Schwaderer teilt mit:

Kernzeitbetreuung ab dem Schuljahr 2010/11

I Aktueller Stand

Im Moment sind 88 Grundschüler von insgesamt 176 Grundschulern in der Kernzeitbetreuung angemeldet. Dies entspricht genau 50 % aller Kinder der Klassen 1 – 4. Sie nehmen damit ein oder mehrere Male pro Woche ein Angebot der Betreuung wahr.

Insbesondere an den Tagen mit Nachmittagsunterricht sind dies jeweils sehr viele Kinder, die auch zu Mittag in der Aula essen. Besonders am Donnerstag gibt es viele Anmeldungen zum Mittagessen, meist sind es über 60 Essen allein für die Grundschüler.

Die Kernzeitbetreuung und auch die Anmeldungen zum Mittagessen handhaben wir sehr flexibel. Jederzeit sind An- und Abmeldungen möglich, sowohl grundsätzlich als auch für einen einzelnen Tag.

Da die große Zahl der Kinder nicht in dem einzelnen Kernzeitbetreuungsraum im Grünen Haus sinnvoll beaufsichtigt werden kann, ist über die Mittagszeit als Bewegungs- und Spielraum die Turnhalle geöffnet. Die Aufsicht wird von ehrenamtlichen Helfern zusammen mit Schülermentoren, z. T. aber auch von Lehrerinnen und Lehrern übernommen. Weitere Angebote über Mittag zur Entlastung der Kernzeit sind die Hausaufgabenbetreuung durch ehrenamtliche Helfer und Kreativ- bzw. Spielangebote. Dennoch ist der Kernzeitbetreuungsraum oft sehr voll und es ist für die Betreuer nicht einfach, einen Überblick zu behalten.

II. Vorgeschlagene Maßnahmen zur Raumsituation

Diese beengte Situation möchte die Schule dadurch entschärfen, dass ab dem kommenden Schuljahr 2010/11 für Schüler der Klassen 1 / 2 ein eigener Betreuungsraum im Gelben Haus eingerichtet wird.

Durch die fällige Umorganisation im Gelben Haus würde hierfür ein Klassenzimmer frei werden, das sich zur Betreuung sehr gut eignen könnte. Im Gelben Haus wären damit nur noch Kinder des Kindergartens und der Eingangsstufe sowie die

Gemeindebücherei untergebracht. Die Schüler aus Klasse 3 / 4 würden weiterhin im Grünen Haus betreut.

III. Vorgeschlagene Maßnahmen zur Betreuung

Neben dem notwendigen Raum zur Trennung der Betreuungskinder in einerseits Kinder der Eingangsstufe und andererseits Kinder aus Klasse 3 / 4, muss auch an die dafür notwendige Person gedacht werden. Die Schule hat ehrenamtliche Helfer, unter denen auch für diese Betreuung eine geeignete Person wäre. Für solch eine dauerhafte Tätigkeit sind allerdings die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Helfer nicht zulässig, da hier die Höhe der steuer- und abgabenfreien Nebeneinkünfte überschritten würden.

Aus diesem Grund schlägt die Schule für die getrennte Kernzeitbetreuung der Eingangsstufenkinder eine Vergütung auf 400 € Basis vor.

Beschluss:

- a.) Die Anstellung einer 400 € Kraft für die Kernzeitbetreuung ab dem Schuljahr 2010/2011 wird vertagt, bis der Bescheid des Regierungspräsidiums Tübingen über den Status einer Ganztageschule vorliegt.
- b.) Der dargestellten Neuordnung der Räumlichkeiten im Grundschulgebäude wird zugestimmt.

6. Kindergartenangelegenheiten

- a) Platzvergabe in der Elefantengruppe (Vorschulgruppe)**
- b) Kleinkindgruppe im Kindergarten Sonne, Mond und Sterne**
 - Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2010/2011**

a)

Hauptamtsleiter Plangg teilt mit:

In der Gemeinderatssitzung am 10. Juni 2008 wurde beschlossen, dass im Raum der damaligen Bücherei eine Schulkindergartengruppe untergebracht wird. Die Frage nach den Kriterien für die Platzvergabe in dieser Vorschulgruppe hat sich die letzten 2 Jahre nicht gestellt, da es immer genügend Plätze gab. Dieser Tagesordnungspunkt war bereits in der Kindergartenausschusssitzung am 08.02.2010 Gegenstand der Beratungen. Nach dem damaligen Stand gab es mehr Anmeldungen als zur Verfügung stehende Plätze. Laut Betriebserlaubnis können in dieser Elefantengruppe maximal 28 Kinder betreut werden.

Die Anmeldezahlen haben sich zwischenzeitlich etwas verändert. Vom Kindergarten Sonne, Mond und Sterne wechseln 22 Kinder in die Elefantengruppe. Vom Kindergarten Regenbogen liegt 1 Anmeldung vor. Vom Kindergarten St. Martin

liegen 3 Anmeldungen vor. Auch wenn nach derzeitigem Stand alle Anmeldungen zur Elefantengruppe berücksichtigt werden können, sollte die Platzvergabe geregelt werden.

Es ist erfreulich, dass nach einer Durststrecke von knapp 2 Jahren diese Vorschulkindergartengruppe nun auch von Eltern angenommen wird, deren Kinder in anderen Kindergärten betreut werden.

Da der Kindergarten Sonne, Mond und Sterne sein Profil auf die Elefantengruppe ausgerichtet hat, sollten die Plätze vorrangig an Kinder vergeben werden, die bereits in dieser Einrichtung betreut werden. Bei zukünftig vermehrten Anmeldungen aus dem Kindergarten St. Martin müssten mit den dortigen Entscheidungsträgern nach Lösungen gesucht werden.

Beschluss:

- a.) Die Plätze in der Elefantengruppe werden vorrangig an Kinder vergeben, die bereits im Kindergarten Sonne, Mond und Sterne betreut werden.
- b.) Danach sind zunächst die Kinder aus dem Kindergarten Regenbogen zu berücksichtigen (Außengruppe des Kindergartens Sonne, Mond und Sterne).
- c.) Die Vergabe der danach noch zur Verfügung stehenden Plätze erfolgt nach dem Alter der Kinder.

b)

Hauptamtsleiter Plangg teilt mit:

Anfang Februar 2010 wurden insgesamt 48 Eltern angeschrieben, deren Kinder im kommenden Kindergartenjahr 2010/2011 die Kleinkindgruppe besuchen könnten.
(Geburtsdatum vom 01.08.2008 – 31.07.2009)

Von 31 Eltern erhielten wir eine Rückmeldung – davon haben
17 Eltern kein Interesse an einer Kleinkindbetreuung
7 Eltern wünschen eine Betreuung an 5 Tagen pro Woche
4 Eltern wünschen eine Betreuung an 3 Tagen sowie
3 Eltern wünschen eine Betreuung an 2 Tagen .

Von diesen Eltern wurde jedoch teilweise der Wunsch geäußert, zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht noch einen weiteren Betreuungstag hinzuzunehmen.

Fazit: Alle Anmeldungen zur Kleinkindgruppe können berücksichtigt werden. An allen Tagen – außer teilweise am Mittwoch – können noch Kinder aufgenommen werden. Laut Betriebserlaubnis können maximal 12 Kinder in dieser Kleinkindgruppe betreut werden.

Wie sieht es nun mit den Anmeldungen für die Regelkindergartengruppen, sprich für Kinder ab 3 Jahren aus. Auch hier können alle Kinder aufgenommen werden, allerdings nicht alle in den Wunschkindergärten. In den Kindergärten St. Martin sowie Regenbogen können alle Anmeldungen berücksichtigt werden – im Gegensatz zum Kindergarten Sonne, Mond und Sterne. Hier liegen 27 Anmeldungen vor – 17 Plätze

können nur besetzt werden. Somit müssen 10 Anmeldungen an die Kindergärten St. Martin und Regenbogen weiter gegeben werden.

7. **Kostenrechnende Einrichtung Abfallwirtschaft –**
 - a) **Jahresergebnis 2009 – Abfalletat/Wertstoffetat**
 - b) **Verlängerung Grüngutannahmestelle in der Friesenhäusler Str. 67**
 - c) **Einführung einer Berechtigungskarte Grüngutannahmestelle**

Kämmerer Abele teilt mit:

a) Jahresergebnis Abfalletat/ Wertstoffetat

Im Jahr 2008 wurden die Abfallgebühren gesenkt:

Ein 40 l Eimer kostet lediglich 88 € (2007 bei 26 Leerungen: 112 €), ein 80 l Eimer kostet 116 € (2007 bei 26 Leerungen: 164 €) und ein 120 l Eimer kostet 144 € pro Jahr (2007 bei 26 Leerungen: 216 €).

Der **Abfalletat** schließt im Rechnungsjahr 2009 mit einem Defizit in Höhe von **16.574,64 €** ab.

Der **Wertstoffetat** schließt im Rechnungsjahr 2009 mit einem Defizit in Höhe von **667,30 €** ab.

Das Erfassen der Wertstoffen zählt, soweit es sich um Leistungen nach der Verpackungsverordnung handelt nicht zur öffentlichen Abfallentsorgung, weswegen sich die Einnahmen und Ausgaben nicht auf die Abfallgebühren auswirken dürfen. Die Trennung von Abfallbeseitigung und Wertstofffassung wurde erstmals im Rechnungsjahr 2008 vorgenommen.

Im Abfalletat hat man aus dem Vorjahr noch einen Überschuss in Höhe von 16.119,13 €. Dieser Überschuss wird mit dem Jahresdefizit in Höhe von 16.574,64 € abgegolten.

Der Abfalletat verzeichnet somit zum Jahresende 2009 ein Defizit in Höhe von 455,51 €, das in den Folgejahren vom Gebührenzahler wieder geholt werden muss.

Woher resultiert dieses negative Ergebnis im Abfalletat. In der Haushaltsplanung war lediglich ein Verlust von 3.300 € ausgewiesen.

Zum einen sind zwar die Gebühreneinnahmen aufgrund einer größeren Anzahl von gebührenpflichtige Haushalte (aktuelle gebührenpflichtige Haushalte: 1.990) um 4.235 € gegenüber dem Haushaltsansatz gestiegen und zum anderen ist die Anzahl von 80 l und 120 l Tonnen ein wenig höher als in der Kalkulation angenommen und somit kostendeckender. In Baidt zahlt jeder Mieter einer abgeschlossenen Wohneinheit Müllgebühren. Müllgemeinschaften sind laut der aktuellen Abfallwirtschaftssatzung nicht zulässig.

Auf der Ausgabenseite mussten mehr als im Vorjahr für die Zerkleinerung des Grünmülls bei der Grünmülldeponie am Annaberg bezahlt werden (RE 2009: 13.929,14 €, RE 2008: 8.717,15 € - aufgrund größerer Menge und teurerer Auftragsvergabe als 2008). Die Haushaltsstelle „Unterhaltung der Grünmülldeponie Annaberg“ wurde insgesamt um 18.095,61 € überzogen, da 20.166,12 € für die Sanierung der Kompostieranlage (Befestigung des Zufahrtsweges) laut Gemeinderatbeschluss vom 07.10.2008 ausbezahlt wurde.

Der Haushaltansatz Leistungsvergütung an Unternehmen war zudem ein wenig zu hoch angesetzt. Zudem waren die Verwertungskosten des Hausmülls um 3.246,77 € günstiger als geplant. Die Innere Verrechnungen (Verwaltungskostensätze sowie Bauhofleistungen) waren wegen Personalkostensteigerungen um 6.582,11 € höher.

Der Wertstoffetat schließt 2009 ohne Abschreibung u. kalkulatorischer Verzinsung mit einem Defizit von 667,30 €. Die Papiertonne wurde 2008 eingeführt. Als der Papierpreis anstieg, entdeckte die Privatwirtschaft den Handel mit Altpapier. Für den Verbraucher war das Angebot verlockend. Er musste das Papier fortan nicht mehr mühsam bündeln oder in oftmals schon vollgestopfte Papiercontainer drücken. Er konnte einfach sein Altpapier in der blauen Tonne entsorgen, die vor der Haustüre steht und im vierwöchigen Rhythmus geleert wird. Aufgrund dem Druck der Privatwirtschaft musste die Gemeinde in Zusammenarbeit mit der RaWEG handeln und bietet seit Mai 2008 auch diesen Service an. Der Höchstpreis, der vor noch vor Anfang 2008 erzielt wurde, lag bei 80 Euro.

Die Papiertonnen und deren Leerung werden von der RaWEG über uns kostenlos angeboten. Ob die RaWEG mit dem Verkauf des gesammelten Altpapiers etwas verdient oder nicht, hängt vom Papierpreis ab. „Um unterm Strich einen Erlös zu erhalten, muss der Papierpreis bei 50 bis 60 Euro pro Tonne liegen. Im ersten Halbjahr 2009 ist der Papierpreis ziemlich am Boden gelegen. Zwischen 0 und 20 Euro pro Tonne hat man bekommen. Seit Mitte 2009 steigt er wieder an. Derzeit sind 50 bis 60 Euro pro Tonne zu bekommen. Wir hoffen, dass der Preis noch weiter ansteigt. Alle paar Jahre gibt es Schwankungen. Diese Wellenbewegungen sind beim Papierpreis normal.“

b) Verlängerung der Grüngutannahmestelle in der Friesenhäusler Str. 67

Der Gemeinderat hat sich mit der Grünguterfassung in der öffentlichen Sitzung am 19.09.2006 befasst. Es wurden dabei folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Vereinbarung der Grüngutannahme in der Friesenhäusler Str. 67 und der Grüngutentsorgung auf der Kompostieranlage am Annaberg abzuschließen.

Die Vereinbarung endete zum 31.12.2007. Mit Beschluss vom 17.07.2007 wurde der Vertrag bis zum 31.12.2010 verlängert.

Die Grünmüllentsorgung in der Friesenhäusler Str. 67 läuft gut. Bis auf Nichteinhaltung der Mengenbegrenzung von 2 Schütt – m³ sowie manchmal Nichteinhaltung der Öffnungszeiten hat der Betreiber unterdessen bereits Interesse an einer Fortführung der Grünmüllentsorgung 2011 ff bekundet. Das Vertragsverhältnis könnte erneut mit Vertrag (gegenseitigem Kündigungsrecht) um

weitere 3 Jahre weitergeführt werden. Wegen Vertragsdetails wird auf die nichtöffentliche Sitzung verwiesen.

c) Ausstellung einer Berechtigungskarte für die Grüngutentsorgung bei der Grüngutannahmestelle

Bei der Grünmüllentsorgung stehen Baidter Bürger neben der Hofstelle der Friesenhäuslerstraße noch die Kompostieranlage am Annaberg zur Verfügung. Laut dem Betreiber der Friesenhäuslerstraße sollte die Grünmüllentsorgung von Auswärtigen mittels einer personalisierten Berechtigungskarten ab 2011 bei den Grünmüllannahmestellen unterbunden werden.

Die Berechtigungskarte würde mit dem Abgabenbescheid und Gebührenmarke zu Jahresbeginn ausgegeben. Viele Benutzer reagieren auf Anfrage nach einem Ausweis oder Berechtigung zum Abladen in der Grüngutannahmestelle verhalten. Mittels Berechtigungskarte würde sich der Betreiber leichter tun und könnte auswärtige Benutzer aus Baienfurt, Wolpertswende etc. in die Schranken verweisen. Jedoch ist dies auch ein enormer zusätzlicher Verwaltungsaufwand (Drucken Berechtigungskarten, jährlich 250 An- und Abmeldungen etc.).

Die Abfallgebühren können in den Folgejahren aufgrund der guten Rahmenbedingungen stabil gehalten werden. Evtl. wird man in den Folgejahre aufgrund von höheren Energiepreisen und steigenden Personalkosten wieder minimal in der Verlustzone verbleiben.

Im Wertstoffetat zeichnet sich die nächsten Jahre weiterhin ein minimaler Verlust ab. Geringere Schrott-, Papier- und sonstige Wertstoffvergütungen müssen im Allgemeinhaushalt aufgefangen werden. An dem Bürgerservice (Holservice Papiertonne) sollte trotzdem festgehalten werden (Alternative Rückkehr zu Bringservice Depotcontainer, Holservice Papiertonne würde aufgegeben werden).

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis zur kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft zur Kenntnis.
- b) Die Grüngutannahmestelle in der Friesenhäusler Str. 67 wird um drei weitere Jahre bis 2013 verlängert.
- c) Es wird ab 2011 eine Berechtigungskarte für die Grüngutannahmestelle Friesenhäusler Str. 67 eingeführt

8. Straßensanierung 2010

Ortsbaumeister Reich teilt mit:

Im Haushalt 2010 sind 50.000,- Euro für die laufende Instandhaltung / Sanierung von Gemeindestraßen vorgesehen

Bei der diesjährigen Überprüfung der Gemeindestraßen wurde Sanierungsbedarf an vielen Straßen festgestellt. Es handelt sich hierbei um Einzelmaßnahmen über das Gemeindegebiet verteilt. Die Kosten für diese Maßnahmen werden auf 49.891,46 Euro brutto inkl. Ingenieurleistungen geschätzt.

Die Kostenschätzungen wurden vom IB Zimmermann und Meixner durchgeführt. Es ist eine gemeinsame Ausschreibung mit den umliegenden Gemeinden vorgesehen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden im Bauausschuss am 29.03.2010 vorberaten und besichtigt.

Eine regelmäßige Instandhaltung und Sanierung der aufgetretenen Straßenschäden ist sinnvoll um weitere Straßenschäden zu vermeiden. Es wird darauf hingewiesen dass im Gemeindegebiet etliche Straßen erheblichen Sanierungsbedarf haben im Einzelnen Rehstraße, Baienfurter Straße.

Beschluss:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt die Maßnahmen durchzuführen.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt das IB Zimmermann und Meixner mit den Ingenieursleistungen zu beauftragen.

9. Anfragen und Bekanntgaben

a) Luftschadstoffmessung

Der Vorsitzende teilt mit:

Der Gemeindeverband Mittleres Schussental hat am 11.03.2010 beschlossen:

1. Die Durchführung der Luftschadstoffmessung im Mittleren Schussental mit den Parametern PM-Feinstaub und Stickoxide wird in Auftrag gegeben.
2. Der Auftrag wird aufgrund der regionalen und lokalen Kenntnisse an Prof. Dr. Speckle, Hochschule Ravensburg-Weingarten in Kooperation mit dem Büro Müller-BBM-GmbH, München erteilt.
3. Die Kosten von rund 145.000 € werden im Haushalt des Gemeindeverbands bereitgestellt.

Die Luftschadstoffkonzentrationen sind sehr stark witterungs- und jahreszeitenabhängig. Um dadurch bedingte Fehler in den Ergebnissen auszuschließen, sollen im Schussental 6 Messstationen über ein Jahr durchgängig betrieben werden. Zur korrekten Beurteilung der Messwerte werden über den gesamten Zeitraum, parallel zu den Luftschadstoffmessungen, meteorologische Beobachtungen vorgenommen.

Der Start der Messungen ist Mitte 2010 geplant.

Eine Messstation soll in Baidt aufgestellt werden.

Der Gemeinderat kann festlegen, wo diese Station aufgestellt werden soll

Die Station misst etwa 1,50 x 1,50 Meter, sollte vandalensicher aufgestellt werden und der Standort muss einen Stromanschluss haben.

Es wurde beschlossen, die Messstation im Bauhof aufzustellen.

b) Vereinsförderung

In den vielen Hauptversammlungen die der Vorsitzende in letzter Zeit besucht hat, wurde ausdrücklich betont, dass die Vereine mit der Vereinsförderung seitens der Gemeinde Baidt sehr zufrieden sind.

c) Reinigung Sporthalle

Voraussichtlich in der Maisitzung wird sich das Gremium damit befassen, ob die Sporthalle auch während der Ferien gereinigt wird.

d) Die Verwaltung wurde gebeten, ein „Ruhebänkle“ auf halber Höhe der Marsweilerstraße aufzustellen.

In der Sitzung waren bis zu 15 interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Vielen Dank für Ihr kommen.

Walter Plangg, Hauptamtsleiter